

Zur Rolle und Bedeutung von kommunalen Partnerschaften:

Gemeinsame Werte auch bei Krieg und in Krisen

Europa erlebt eine Katastrophe. In der Ukraine findet ein Angriffskrieg statt, der von der russischen Führung befohlen wurde. Das Leid der Menschen ist unermesslich. Und alle bangen um die Frage, wie dieser Krieg weitergehen wird und ob ein Weg gefunden werden kann, dass die Waffen wieder schweigen. Gerade jetzt ist Zusammenhalt in Europa mehr denn je gefragt. Städte, Landkreise und Gemeinden sollten sich im Rahmen ihrer kommunalen Partnerschaften und Freundschaften für die Wahrung und Verteidigung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Ein Beitrag von
Uwe Zimmermann

In schwersten Zeiten in Europa, im Angesicht des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, kamen am 24. und 25. März 2022 rund 300 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus ganz Deutschland bei der Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) in Hannover zusammen. In einem [„Kommunalen Friedensappell“](#) verurteilen sie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine auf das Schärfste. Auch der [Europaausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes \(DStGB\)](#), der kürzlich im brandenburgischen Teltow tagte, spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Angriffskrieg aus, wie er von der russischen Führung gegen die Ukraine beschlossen wurde und ausgeführt wird. Krieg dürfe nicht als Mittel der Politik akzeptiert werden. Alle Verantwortungsträgerinnen und -träger werden dazu aufgerufen, sofort zu einem Ende der Kampfhandlungen zu kommen.

Deutsche Kommunen pflegen Partnerschaften zu Kommunen in der Ukraine, aber auch zu russischen Kommunen und Kommunen in Nachbarstaaten, wie beispielsweise Polen, Rumänien, Ungarn oder der Slowakei. Die deutschen Kommunalverbände begrüßen die Solidarität und Hilfsmaßnahmen im Rahmen kommunaler Partnerschaften, um das Leid



der Menschen im Krieg zu mildern, Leben zu retten und Flucht zu ermöglichen. Die vielfältigen kommunalen Hilfsmaßnahmen, die bereits unternommen wurden und werden, müssen aber bei allem Risiko für die Beteiligten unter sicheren Umständen stattfinden und sollten in staatliche Hilfen und Maßnahmen integriert werden.

Vor allem mit Blick auf die deutsch-russischen kommunalen Partnerschaften stellen sowohl die Deutsche Sektion des RGRE als auch der Europaausschuss des DStGB fest, dass es keine generelle Empfehlung dafür gibt, diese wegen des Krieges zu unterbrechen, auszusetzen oder möglicherweise auch zu beenden. Diese Entscheidung muss im Einzelfall von den Verantwortlichen vor Ort

Gleich nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges brachten Menschen in vielen deutschen Kommunen ihre Solidarität und ihren Wunsch nach Frieden zum Ausdruck

Zum Autor:

Uwe Zimmermann ist Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

überlegt und getroffen werden. So kann es auch in einem Krieg und in einer schweren Krise sinnvoll und hilfreich sein, zumindest eine Dialogmöglichkeit in die Partnerkommune eines Kriegslands zu erhalten.

So hat die Deutsche Sektion des RGR in ihrem „Kommunalen Friedensappell“ an die russischen Kommunen appelliert, sich gemeinsam mit deutschen Kommunen für den Frieden einzusetzen. Im Rahmen von kommunalen Partnerschaften sollten die Kontakte mit der russischen Zivilgesellschaft für einen kritischen Dialog genutzt werden. Der Europaausschuss des DStGB ruft die europäischen und internationalen Partnerschaften der Städte und Gemeinden dazu auf, sich zu den Werten der Menschenrechte, der Demokratie und des Rechtsstaates zu bekennen und sich für diese einzusetzen. Auch in den Kommunen eines Staates, der Aggressor eines Krieges ist.

Zusammenhalt auch in schwierigen Zeiten

Es ist zu hoffen, dass möglichst bald in der Ukraine die Waffen schweigen, ein Frieden gefunden und stabilisiert werden kann. Die Städte, Landkreise und Gemeinden in Deutschland, aber auch und vor allem in Polen und anderen Nachbarländern der Ukraine stehen in der großen Aufgabe, den geflüchteten Menschen aus der Ukraine eine sichere Unterkunft, Versorgung und Fürsorge zukommen zu lassen. Die Kommunen stellen sich dieser Aufgabe. Und auch nach dem Krieg werden die Kommunen und ihre Unternehmen einen Teil der Aufgaben unterstützen können, die für den Wiederaufbau der zerstörten ukrainischen Städte und Gemeinden geleistet werden müssen. Dies wird nötig sein, um den vielen geflüchteten Menschen, die in ihr Heimatland zurückkehren wollen und werden, dort wieder eine Lebensperspektive zu ermöglichen.

Gerade jetzt brauchen wir in Europa einen neuen Anlauf für den Ausbau der Partnerschaften von Städten, Landkreisen und Gemeinden! Kommunale Partnerschaften sind Völkerverständigung im bestem Sinne des Wortes! In der EU sollte mindestens ein Euro im Jahr pro Bürgerin und Bürger für die Förderung der kommunalen Partnerschaftsarbeit aufgewendet werden. Die Umsetzung dieser bereits vor vielen Jahren von der Deutschen Sektion des RGR und den deutschen kommunalen Spitzenverbänden erhobene Forderung würde ein europäisches Bewusstsein und eine europäische Bürgerschaft von unten nach oben schaffen und stärken!

Viele Kommunen in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Staaten, möchten Solidaritätsaktionen und Solidaritätspartnerschaften zu ukrainischen Kommunen ins Leben rufen. Alleine oder auch zusammen mit anderen Kommunen in Europa. An die Politik in der EU und in den Ländern ist der Appell zu formulieren, diesen kommunalen Willen zum Engagement aufzugreifen, zu ermutigen und auch zu unterstützen. Die Kommunen werden alleine die Kriegsfolgen nicht aufarbeiten und auflösen können. Aber der kommunale Einsatz dafür kann ein sehr wichtiger Baustein werden.

Dabei kommen die Städte, Landkreise und Gemeinden gerade aus einer Zeit, die auch die kommunale Partnerschaftsarbeit massiv gefordert hat. Die Corona-Pandemie stellt auch die kommunalen Partnerschaften sowie die grenznahe Zusammenarbeit der Kommunen vor neue Herausforderungen und Fragen, für die allerdings auch neue Lösungen und Antworten gefunden werden. Die Aktiven der kommunalen Partnerschaftsarbeit haben gewiss immer schon gewusst, dass die Begegnung der Menschen zum Wert und Kern der kommunalen Partnerschaftsarbeit gehört. Aber dennoch haben die Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie schmerzhaft dazu beigetragen, dass der Verlust dieses Wertes noch klarer wurde.

Aber: Auch das Corona-Virus schafft es nicht, die Partnerschaftsarbeit der Kommunen zum Erliegen zu bringen. Persönliche Zusammenkünfte wurden in vielen Fällen durch andere Formate wie digitale Austausche zumindest stückweit ersetzt. Denkbar ist durchaus, dass die digital gepflegte kommunale Partnerschaft auch in der Zeit nach der Corona-Pandemie ein Bestandteil der kommunalen Partnerschaften bleibt und die Zusammenkünfte ergänzen wird.

Gemeinsam für die europäischen Werte

Kommunale Partnerschaften sind aber weit mehr als Begegnungen der Menschen. Sie sind Stätten der fachlichen Zusammenarbeit und der Solidarität – einer Solidarität, die sich zum Beispiel in dem deutlichen Bekenntnis der Partnerschaften zur Einigung des Kontinents ausdrückt. Gerade in der Corona-Krise gab es sehr viele Solidaritätsbekundungen und mehr noch konkrete Hilfen zwischen europäischen Partnerstädten in Not. Sei es durch die Bereitstellung von Schutzausrüstungen oder das Angebot der Aufnahme von COVID-19-Erkrankten in Hospitälern der Part-



Foto: Gemeinde Herzberg-Clarholz

Viele Kommunen in Deutschland organisieren Hilfs- und Spendenaktionen für ukrainische Städte

nerkommune. Darauf dürfen die Kommunen und Partnerschaftsvereine stolz sein. Solidarität und Hilfe, das hatte es bei kommunalen Partnerschaften auch zuvor schon oft gegeben. Innerhalb des (wiedervereinigten) Deutschlands, in Europa und international. Bei Umwälzungen, Naturkatastrophen und vielem mehr.

Partnerschaft auch und gerade in der Krise

Kommunale Partnerschaften können immer wieder vor Proben und Herausforderungen gestellt werden, wenn sich unterschiedliche politische oder gesellschaftliche Sichtweisen wandeln oder auch in diametrale Gegensätze und abzulehnende Positionen entwickeln. Da kann es in der Partnerkommune zum Beispiel um die Diskriminierung von Minderheiten und Bevölkerungsgruppen gehen, das Erstarken chauvinistischer, totalitärer oder demokratiefeindlicher Gruppen, den Schutz gegen Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen und nicht zuletzt um die Wahrung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Beispiele sind Diskriminierungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgener, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ) in Polen, die Lage der kommunalen Selbstverwaltung und die Behandlung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie Verwaltungskräften in der Türkei, kommunale Mehrheiten für den rechtsgerichteten Rassemblement National in Frankreich, die Menschenrechtssituation zum Beispiel in China, die mangelnde Gleichstellung von Frauen in vielen Ländern der Welt oder die Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen in Partnerkommunen.

Dann stellen sich diffizile Fragen für eine kommunale Partnerschaft. Soll man sich weiter und mit wem an einen Tisch setzen, im Gespräch und Austausch sein und bleiben, für ein Pressefoto aufstellen? Sollen Partnerschaften der Kommunen in einer solchen Situation pausiert, auf „Eis gelegt“ oder sogar aufgekündigt werden? Am Ende werden die Verantwortlichen in einer kommunalen Partnerschaft diese Fragen immer im Einzelfall überlegen und entscheiden müssen. Und vielleicht ist die Lage so, dass eine Pause oder sogar das Ende einer Partnerschaft richtig sein kann.

Generell aber ist es so, dass Partnerkommunen sich stets für die Werte der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen und für diese eintreten sollten. Möglichst gemeinsam. Dafür ist es nötig und



Foto: Stadt Würselen

Bereits in der Corona-Krise hielten Kommunen weltweit zusammen und unterstützten sich gegenseitig

wichtig, im Gespräch zu sein und zu bleiben und für diese Werte mit und gegenüber den Partnerkommunen einzutreten. Dabei wird „Bevormundung“ oft nicht tunlich sein, klarer Dialog auf Augenhöhe aber weiterführen. Die richtigen Grenzziehungen werden dabei sicher zum schmalen Grat.

Zu bedenken ist zudem, dass problematische und auch schlicht abzulehnende politische und gesellschaftliche Positionierungen bei einer Partnerkommune dort selten ohne Widerspruch und Opposition sind. Mit diesen „oppositionellen Kräften“ in der kommunalen Partnerschaft im Dialog und Austausch zu bleiben und diese zu unterstützen, kann ein sinnvolles Element partnerschaftlichen Engagements sein. Das Spektrum möglicher Reaktionen einer kommunalen Partnerschaft in der „Wertekrise“ ist weit. Es kann zum Beispiel umfassen, gerade in dieser Partnerschaft offen für Menschenrechte, Demokratie, Toleranz und Offenheit sowie Diskriminierungsfreiheit einzutreten. Sich dazu selbst klar zu positionieren, Partnerschaft und Solidarität mit diskriminierten Gruppen in der Partnerkommune zu üben, dies in der Partnerschaft (öffentlich) klarzumachen. Probleme offen anzugehen, kann der bessere Weg sein, als über diese zu schweigen.

Und so besteht die Hoffnung, inmitten des grauenhaften Krieges in der Ukraine, dass kommunale Partnerschaften nicht nur eine Säule der Solidarität und der Hilfe für die Kommunen in der Ukraine und ihrer Menschen werden können. Sondern ebenfalls dafür, dass in der Zukunft ein auch kommunaler Dialog den Weg mit ebnen könnte für die Realisierung eines friedlichen Zusammenlebens. Bis dahin wird es noch ein sehr schwerer Weg werden, mit vielen Rückschlägen und Enttäuschungen. Die Vision, den Frieden wiederzufinden, wird aber weitertragen!

Infos

Kommunaler Friedensappell der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE):

📄 https://www.rgre.de/file-admin/user_upload/pdf/resolutionen/Resolution_Ukraine_25_03_2022.pdf

Pressemitteilung zur Sitzung des Europaausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) in Teltow:

📄 <https://www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/staedte-und-gemeinden-fuer-frieden-und-kommunales-zusammenhalt/>